

Pressemitteilung



Nr. 51/18 vom 05.09.2018

Anzahl der Anschläge: 3.103

Abrufbar unter: www.gdw.de

Wohnungswirtschaft plädiert für neue deutsche Einheit in Stadt und Land

- **Bundesregierung präsentiert Jahresbericht zum Stand der Deutschen Einheit 2018**
- **Kommission "Gleichwertige Lebensverhältnisse geht an den Start"**

10 **Berlin** – Eine Woche vor dem Tag der Deutschen Einheit bewegen gleich zwei wichtige Termine das politische Berlin. "Wir brauchen eine neue Deutsche Einheit in Deutschland – und zwar sowohl von Ost und West, aber auch von Stadt und Land", erklärte Axel Gedaschko, Präsident des Spitzenverbandes der Wohnungswirtschaft anlässlich der heute startenden Kommission 'Gleichwertige Lebensverhältnisse' und des 'Jahresberichts der Deutschen Einheit'. "Die ländlichen Räume müssen wieder stärker in den Mittelpunkt des politischen Handelns rücken. Denn Politik muss den Menschen gegenüber ehrlich sein: Bei aller Anstrengung wird man das Problem der Wohnungsknappheit nicht allein in den großen Städten in Deutschland lösen können."

20 "Unser Land steht fast 30 Jahre nach der Wiedervereinigung vor großen regionalen Unterschieden: In den beliebten Großstädten wird Bauen und Wohnen für Normalverdiener unerschwinglich, während viele ländliche Regionen aufgrund von mangelnder Infrastruktur und immer weniger Dienstleistungen unattraktiver werden", erklärte der GdW-Chef. Um eine Spaltung Deutschlands in Boomtowns und Geisterstädte zu verhindern, brauche es zielführende Lösungen, um zu annähernd gleichen Lebensverhältnissen in ganz Deutschland zu kommen, so Gedaschko. Er begrüßte, dass dieses so wichtige Thema auch auf dem Wohngipfel der Bundesregierung in der letzten Woche eine große Rolle gespielt hat und forderte die Kommission auf, auch jenseits der eingetretenen gesetzlichen Pfade zu denken. "Vielfach wird man nur mit sehr verschiedenen Lösungen annähernd gleichwertige Lebensverhältnisse erreichen. Daher werden wir mehr Unterschiede zulassen müssen. Dies geht nur, wenn dafür entsprechende Öffnungsklauseln in den Gesetzen eingebaut werden", erklärte Gedaschko.

30 Insgesamt leben 60 Prozent und damit mehr als die Hälfte der Deutschen in Landgemeinden, Kleinstädten und kleineren Mittelstädten bis zu 50.000 Einwohner. 93 Prozent der Fläche Deutschlands werden von diesen Gemeinden jenseits der großen Metropolen eingenommen. "In vielen Kleinstädten und Dörfern besteht jedoch die Sorge, zurückgelassen zu werden. Junge Leute ziehen weg, viele Unternehmen kämpfen mit einem Fachkräftemangel. Die Versorgung mit Einzelhandelsgeschäften und Arztpraxen wird immer dünner. Es geht jetzt darum, gesellschaftlichen Zusammenhalt auch jenseits der Metropolen durch eine Steigerung der Attraktivität wie einen verbesserten und bezahlbaren öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV), den Ausbau der digitalen Infrastruktur und die gesellschaftliche Aufwertung schrumpfender peripherer Räume zu sichern", so der GdW-Präsident. Gleichzeitig appellierte er auch an die Kommunen, die vorhandenen Möglichkeiten zu nutzen und die Menschen, die in die Schwarm- und Mittelstädte ziehen möchten, durch eine attraktive Umgebung zu unterstützen. Nicht zuletzt müssen auch ausreichend Flächen ausgewiesen werden.

40 Der GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen vertritt als größter deutscher Branchendachverband bundesweit und auf europäischer Ebene rund 3.000 kommunale, genossenschaftliche, kirchliche, privatwirtschaftliche, landes- und bundeseigene Wohnungsunternehmen. Sie bewirtschaften rd. 6 Mio. Wohnungen, in denen über 13 Mio. Menschen wohnen. Der GdW repräsentiert damit Wohnungsunternehmen, die fast 30 Prozent aller Mietwohnungen in Deutschland bewirtschaften.